

Berlin

„Es wird höchste Zeit für ein eigenes Öko-Stadtwerk“

Vor dem Volksentscheid am Sonntag rät DIW-Energieexpertin Claudia Kemfert der Hauptstadt, sich schnell den Herausforderungen der Energiewende zu stellen

Berlin müsse die Energiewende als Chance und nicht als Belastung begreifen, sagt die DIW-Expertin Claudia Kemfert. Die Hauptstadt könne zum Vorbild werden, etwa beim Energiesparen. Dem Gesetzentwurf des Energietischs für ein Öko-Stadtwerk und eine Rekommunalisierung des Stromnetzes, über den die Wähler am Sonntag abstimmen, kann sie viel abgewinnen.

Frau Kemfert, wenn der Energietisch am Sonntag eine Mehrheit bekommt: Was würde das dem Bürger bringen, was er jetzt nicht hat?

Es bringt drei Dinge: Erstens würde es ein größeres Stadtwerk geben, als der Senat jetzt plant. Damit ließe sich die Energiewende schneller umsetzen – also der Ausbau erneuerbarer Energien in Kombination mit intelligenten Verteilnetzen. Zweitens gäbe es mehr Demokratie, denn es sollen ja auch Bürger in den Verwaltungsrat des neuen Stadtwerks gewählt werden und über die Geschäftspolitik mitbestimmen. Das gab es in dieser Form bisher noch nicht. Und drittens gäbe es mehr Druck auf die Entscheidung, ob der Stadt künftig auch die Netze gehören. Allerdings ist dieses Verfahren offen – und Berlin bewirbt sich bereits. Zusammenfassend kann man sagen, es geht um mehr Demokratie, mehr Ökologie – und auch um mehr Soziales: Einkommensschwache Haushalte etwa sollen entlastet werden, und ihnen soll das Stadtwerk durch Beratung helfen, Energie zu sparen.

Ob Berlin auch das Netz bekommt, weiß niemand. Würde es denn auch ohne die Konzession gehen?

Immer dann, wenn eine Kommune selbst Energie erzeugt und/oder auch das Netz betreibt, dann gibt es die Chance, dass die Energiewende schneller umgesetzt wird. Das sieht man in den Kommunen, wo das schon länger der Fall ist.

Woran liegt das?

Die Umsetzung der Energiewende bedarf bestimmter Ziele und Vorgaben, ein guter Regulierungs-

rahmen muss geschaffen werden. Eine Kommune kann die eigenen Ziele einfacher und schneller umsetzen. Ein Unternehmen kann dies im Prinzip zwar auch – bei geeigneten Vorgaben. Im Fall von Berlin muss man aber sehen, dass der Konzern Vattenfall die Energiewende in Deutschland eben nicht wirklich und ernsthaft vorantreibt. Das sollte man bei der Abstimmung schon im Hinterkopf haben.

Aber Berlin muss das Netz dann auch noch zurückkaufen, womöglich für einen Milliardenbetrag. Ist das Risiko nicht viel zu groß?

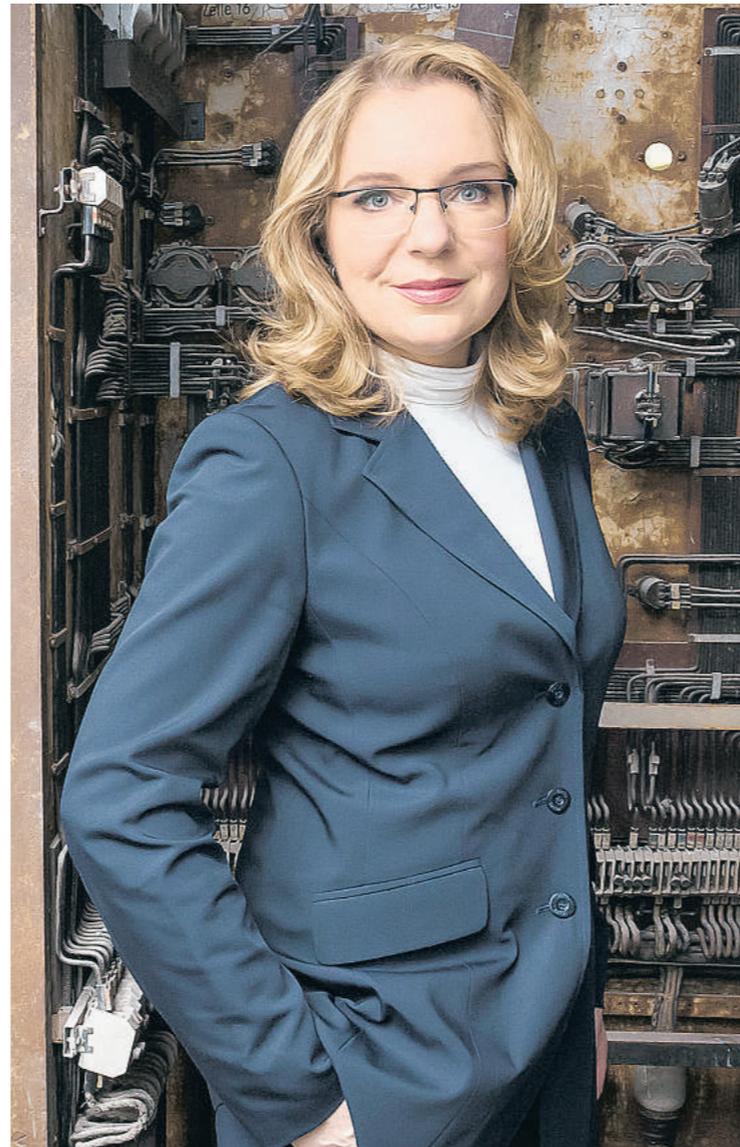
Das muss sich die Stadt genau überlegen und ausrechnen. Vattenfall spricht von einem Reingewinn von 30 Millionen Euro pro Jahr nur durch das Netz. Auf der ökonomischen Seite kommt es darauf an, wie vorausschauend man wirtschaftet. Das hat die Stadt selbst in der Hand. Auf der ökologischen Seite kann ich nur sagen, die Energiewende ist beschlossen, sie ist sinnvoll, sie sollte umgesetzt werden.

Der Senat plant ja schon ein Stadtwerk, aber eine Minivariante mit fünf Windrädern. Ist das sinnvoll?

Grundsätzlich muss man sagen, dass die Gründung eines eigenen Öko-Stadtwerks eine richtige Entscheidung ist. Es wird höchste Zeit, dass so etwas passiert. Es könnte auch durchaus größer sein. Ich denke schon, dass es einen ausreichenden Markt geben wird. Auch beim Stromsparen könnte ein Stadtwerk Unterstützung bieten. Berlin hat erhebliche Energieeinsparpotenziale, vor allem bei der energetischen Gebäudesanierung. Zudem im Bereich der Elektromobilität. Eine Bundeshauptstadt sollte Vorbild für die Energiewende sein.

Das als Reaktion auf den Energietisch von SPD und CDU vereinbarte Stadtwerk soll aber nicht einmal Strom an der Leipziger Börse einkaufen und vertreiben dürfen. Kann das überhaupt funktionieren?

Das kann schon funktionieren, Ich denke aber, dass auch ein große-



ROLAND HORN

Claudia Kemfert vor erneuerungsbedürftiger Strom-Infrastruktur

FORSCHERIN, BERATERIN

Prof. Dr. Claudia Kemfert, 44, leitet seit April 2004 die Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und ist Professorin für Energieökonomie und Nachhaltigkeit an der Hertie School of Governance in Berlin. Sie ist Wirtschaftsexpertin auf den Gebieten Energieforschung und Klimaschutz. Kemfert war unter anderem Beraterin von EU-Präsident José Manuel Barroso und ist in Beiräten verschiedener Forschungsinstitutionen sowie Bundes- und Landesministerien tätig. Im Jahre 2012 wurde sie von Norbert Röttgen (CDU) in sein Schattenkabinett als Energieministerin in Nordrhein-Westfalen und in diesem Jahr von Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD) als Energiebeauftragte in Hessen berufen.

res Stadtwerk durchaus Überlebenschancen hat. Das kann man in Hamburg sehr gut beobachten. Dessen Stadtwerke bauen eine eigene Produktion auf und handeln auch mit Strom. Warum sollte dies nicht auch in Berlin möglich sein?

Ist die Konstruktion der Stadtwerkskontrolle durch direkt gewählte Bürger, wie sie der Energietisch vorschlägt, nicht heikel? Die bestimmen über einen Zigmillionenetat, und letztlich bürgt das Land, ohne durchgreifen zu können.

Es ist ja nicht so, dass die Bürger alleine bestimmen. Sie sollen eine demokratische Mitbestimmung erhalten. Die Politik ist mit Senatsvertretern im Unternehmen ebenso vertreten wie Experten, die das eigentliche Geschäft erledigen. Ohne Sachverstand geht es natürlich nicht. Durch eine kluge Mitbestimmung lassen sich Gefahren mindern. Es gibt ja etliche Energie-Genossenschaften von Bürgern, die Energie erzeugen und vertreiben. Diese Genossenschaften funktionieren in der Regel sehr gut.

Wird Strom durch ein Stadtwerk billiger?

Kommunale Betreiber machen nicht automatisch niedrigere Strompreise. Der Strompreis wird durch viele Komponenten bestimmt: EEG-Umlage, Netzentgelte, Steuern, durch Ausgabenstrukturen des Stadtwerks und vor allem durch den Preis an der Leipziger Strombörse. Dieser Preis ist derzeit sehr niedrig, wird aber von den Energieunternehmen nicht an die Verbraucher weitergegeben. Mehr Transparenz durch vermehrte Bürgerbeteiligung könnte helfen, dass auch preissenkende Faktoren bei den Kunden ankommen.

Es gibt schon Dutzende Ökostromanbieter in der Stadt. Mit welchen Argumenten soll dann ein Berliner Stadtwerk für sich werben?

Wettbewerb belebt das Geschäft. Hamburg Energie hat in wenigen Jahren rund 100 000 Kunden für Strom und Gas gewonnen. Natur-

lich kann man heute überall Ökostrom kaufen. Aber man darf die Sogwirkung nicht unterschätzen, die eine lokale Stromerzeugung in Berlin haben kann. Viele Menschen sind für die Energiewende, sie haben auch ein gewisses Heimatgefühl. Wenn sie merken, dass der derzeitige lokale Versorger ihnen nicht das passende Produkt liefert, dann sagen sich viele: Dann produzieren wir unseren Ökostrom eben selber.

Die Gegner warnen vor einem neuen Milliardengrab und erinnern an Landesbank und BER. Wie hoch sind die Risiken wirklich?

Man kann ein Infrastrukturprojekt wie Stuttgart 21 oder den Flughafen BER nicht mit einem Stadtwerk vergleichen. Die erneuerbaren Energien sind der Zukunftsmarkt. Die Kosten sinken kontinuierlich. Ein Öko-Stadtwerk kann heute am Markt bestehen, wenn es klug gemanagt wird. Die finanziellen Risiken sind überschaubar. Und beim Stromnetz gibt es garantierte Einnahmen durch die Netzentgelte, auch da ist das Risiko überschaubar.

Der jetzige Netzbetreiber Vattenfall ist ein großer Arbeitgeber in Berlin, aber in einer schweren Krise. Ist der Konzern noch eine sichere Bank?

Nach den Äußerungen, die man aus Schweden gehört hat, kann man die Frage nicht eindeutig mit Ja beantworten. Vattenfall hat angekündigt, sein Deutschlandgeschäft zurückzuführen. Es gibt ausreichend Gründe dafür, warum Vattenfall so entscheiden könnte. Der Konzern setzt in erster Linie auf Kohleabbau und Kohlekraftwerke. Diese passen aber nicht in eine nachhaltige Energiewende, da sie zu unflexibel sind und zu hohe Mengen Treibhausgas verursachen. Gebrauchte werden flexible Gaskraftwerke, die sich bei Windflaute schnell hochfahren lassen. Daher sollte man auf Unternehmen setzen, die der Zukunft in Deutschland mit erneuerbaren Energien stärker zugewandt sind.

Interview: Thomas Rogalla und Jan Thomsen